



VEREIN DEUTSCHER METALLHÄNDLER E.V.  
BUNDESVERBAND DES  
NE-METALLGROSSHANDELS UND DER  
NE-METALLRECYCLINGWIRTSCHAFT

## PRESSE - INFORMATION

VDM Mitgliederversammlung 2005 in Bonn / Königswinter

### **Petersberger Erklärung: Positionspapier des Vereins Deutscher Metallhändler e.V.**

Der Vorstand des Vereins Deutscher Metallhändler e.V. (VDM) legte im Vorfeld der diesjährigen Mitgliederversammlung unter dem Titel „Deutschland braucht Rohstoffe – Deutschland braucht Metalle“ ein Thesenpapier zur aktuellen Lage des Metallhandels vor:

### **Deutschland braucht Rohstoffe, Deutschland braucht Metalle**

- Metalle sind Bestandteile unserer Erde zu denen alle Menschen unter fairen Bedingungen Zugang haben müssen. Sie sind Elemente unseres Organismus und unverzichtbare Rohstoffe der modernen Industriegesellschaft.
- Deutschland, aber auch Gesamteuropa stehen geologische Vorkommen an Metallen nur im sehr begrenzten Umfang zur Verfügung. Um die Grundversorgung mit Metallen auf Dauer sicher zu stellen, ist eine zukunftsorientierte Rohstoffpolitik für Deutschland und Europa dringend erforderlich.
- Grundlage für die Rohstoffversorgung ist ein freier ungehinderter weltweiter Handel. Voraussetzung hierfür ist ein fairer Wettbewerb, bei dem die Regeln der Welthandelsorganisation WTO eingehalten werden.
- Außenhandel ist keine Einbahnstraße. Protektionistische Maßnahmen einzelner Staaten, die den

Export oder Import behindern, sind abzuschaffen.

- Marktverzerrende Subventionen oder Zölle sind nicht mehr zeitgemäß.
- Allein in Deutschland beschäftigen Metallindustrie und Metallhandel rund 110.000 Personen. Hinzukommen rund 140.000 Beschäftigte in den Zuliefererbetrieben. Insgesamt sichert die Metallwirtschaft so für ca. 250.000 Familien die wirtschaftliche Existenz. Um die Funktion als Rohstofflieferant für die weitere industrielle Wertschöpfungskette erfüllen zu können, müssen die politischen Rahmenbedingungen für die deutsche und europäische Metallwirtschaft spürbar verbessert werden.
- Im Wirtschaftsraum Europa sind Harmonisierungen dringend erforderlich. Dies bezieht sich unter anderem auf die Umsetzung von Verordnungen und Richtlinien, denn einseitige Erleichterungen oder Verschärfungen beeinträchtigen den Wettbewerb. Auch die Umsatzsteuersätze in der EU sind anzugleichen, um den Umsatzsteuerbetrug zu unterbinden.
- Der Schutz der Umwelt muss zunehmend global gestaltet werden, um Unternehmensverlagerungen als Folge von stark abweichenden Regelungen zu unterbinden. Mit hohen europäischen Umweltstandards errichtete Anlagen werden zu Investitionsruinen, wenn die Vorstoffe in Weltregionen abfließen, in denen die ökologischen und administrativen Standards und damit auch Kosten deutlich niedriger sind.
- Soweit Warenströme aus politischen Gründen beobachtet und kontrolliert werden sollen, sind für Sekundärrohstoffe die üblichen Warenverkehrsvorschriften anzuwenden. Die Einbeziehung der Sekundärrohstoffe in den Abfallbereich hat sich nicht bewährt. Sie stigmatisiert die Sekundärrohstoffe und überzieht diesen Wirtschaftsbereich mit überflüssigen Vorschriften und Regularien.
- Mit REACH schießt die Chemikalienpolitik der EU weit über das Ziel hinaus. Es macht Sinn, neue chemische Stoffe einer gründlichen Prüfung zu unterziehen, um schädliche Auswirkungen auf Gesundheit oder Umwelt zu vermeiden. Für Metalle und metallische Rückstände ist die Anwendung jedoch fragwürdig und bringt keine neuen Erkenntnisse, da sowohl die Metalle als auch deren Eigenschaften seit Jahrzehnten, zum Teil seit Jahrhunderten bekannt sind. Verbesserungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in Europa sind aus Sicht der Metalle durch REACH nicht zu erwarten.

Bonn / Königswinter im April 2005